

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 8. April 1981

am Freitag, dem 10. April 1981

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	12
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	13

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

1. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wie gedenkt die Deutsche Bundespost der sich abzeichnenden Verlustsituation zu begegnen, die sich bei der beabsichtigten Erhöhung der Postablieferung von 6 2/3 auf 10 v. H. ergeben wird?
2. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Welche Haltung bezieht der Bundespostminister in der Diskussion um die Reform des öffentlichen Dienstrechts hinsichtlich der Forderung der Deutschen Postgewerkschaft nach Einführung des Streikrechts für alle Postbediensteten (vgl. z. B. Deutsche Post Nr. 1 vom 5. Januar 1981), und wie würde er dann die Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen des Post- und Fernmeldewesens im Streikfall garantieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

3. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen wird ab Sommerfahrplan 1981 das Angebot der Deutschen Bundesbahn im Personennahverkehr verschlechtert, und wie ist diese Maßnahme mit der Aussage des Bundeskanzlers in der Regierungserklärung zu vereinbaren, daß der öffentliche Personennahverkehr gefördert werden sollte?
4. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Konnte die Erprobungsphase in den vier Regionalgesellschaften bezüglich Zusammenlegung von Bahn- und Postreisediensten abgeschlossen werden, und welche Konsequenzen ergeben sich nunmehr für die Zusammenlegung dieser Reisedienste von Bahn und Post?
5. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(CDU/CSU) In welcher Weise wurden die 1977 für den Rangierbahnhof München-Nord angenommenen Kosten bis 1981 fortgeschrieben, und wie werden die in dem Anhörungsverfahren vor der Regierung von Oberbayern seitens der Deutschen Bundesbahn gemachten baulichen Zugeständnisse bei dieser Fortschreibung berücksichtigt?
6. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(CDU/CSU) Wie stellt sich heute die Kosten-/Nutzenrechnung für den geplanten Rangierbahnhof München-Nord dar?
7. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Wird der notwendige Ausbau des Hamm-Datteln-Kanals von der Bundesregierung in seiner Bedeutung für die wirtschaftliche Förderung des östlichen Ruhrgebiets und das geplante Energiezentrum in Hamm erkannt und bejaht?
8. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Ist der Ausbau des Hamm-Datteln-Kanals auf Europamaße in der mittelfristigen Finanzplanung abgesichert, und wenn ja, wann ist mit dem Beginn des Ausbaus zu rechnen?

9. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Treffen Presse- und Rundfunkmeldungen zu, wonach Bundesverkehrsminister Dr. Hauß den Bund Naturschutz aufgefordert haben soll, auf die bayrische Staatsregierung dahin gehend Einfluß zu nehmen, aus dem Duisburger Vertrag auszusteigen, weil der Kanal sinnlos und nicht wirtschaftlich sei?
10. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesverkehrsminister bereit, den Forderungen des bayerischen Landtags, vieler ostbayerischer Körperschaften und kommunaler Gremien nachzukommen und Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 80 Millionen DM in die Finanzplanung der nächsten Jahre aufzunehmen, um somit auch zu gewährleisten, daß keine Bauruinen entstehen sowie die strukturelle und wirtschaftliche Benachteiligung Ostbayerns abgebaut wird?
11. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung dem Problem beizukommen, daß die Zahl der Gurtmuffel wieder ansteigt, etwa in der Weise, daß — ähnlich wie in der Schweiz — eine Geldbuße für Nichtanlegen des Gurts eingeführt wird, oder welche anderen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das Anschnallen des Sicherheitsgurts vor allem auch im Stadtverkehr zu fördern?
12. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)
- Wurden bei der Kürzung der Straßenbaumittel für das Jahr 1981/1982 auch die Strecken B 202 bzw. B 76 einbezogen, und besteht nicht die Möglichkeit, die Planung des Ausbaus der beiden Straßen so zu gestalten, daß eine Bahn die Ausbaustufe Ia, die andere Bahn dagegen die Ausbaustufe Ib erhält?
13. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen wird der Bund zur Stützung der Investitionen und der Beschäftigung in der Straßenbauwirtschaft ergreifen, die jetzt gerade durch die beabsichtigten Kürzungen im Straßenbau besonders betroffen ist?
14. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Ist angesichts der Konjunkturlage mit der Rücknahme von Haushaltskürzungen im Straßenbauplan zu rechnen, um den kleinen und mittelständischen Straßenbauunternehmen neue Impulse für Investitionen zu geben?
15. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß zehn Jahre nach Inkrafttreten der „neuen StVO“ über 90 v. H. der Führerscheinbesitzer den Unterschied zwischen Halteverbot, eingeschränktem Halteverbot und Parkverbot immer noch nicht kennen, und ist sie angesichts dieser Rechtsunsicherheit bereit, die früher geltende und verständlichere Zweiteilung in Halteverbot und Parkverbot wieder einzuführen?
16. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Leitet die Bundesregierung aus der Tatsache, daß auch bei unnötig breiten Gehwegen ein generelles Parkverbot besteht, das niemand einsieht und das deshalb ständig verletzt wird, die Notwendigkeit ab, bei voller Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen der Fußgänger endlich eine praktikablere Regelung zu schaffen, und warum unterblieb derartiges bisher?

17. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wie gedenkt die Bundesregierung ihre Ankündigung, in der Verkehrspolitik den öffentlichen Personennahverkehr fördern zu wollen, konkret für die ländlichen Räume, insbesondere das Zonenrandgebiet, in die Tat umzusetzen?
18. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß auf Grund der von der Bundesregierung zu verantwortenden Haushaltskürzungen in Höhe von 1,2 Milliarden DM die Deutsche Bundesbahn gezwungen worden ist, vergebene Aufträge an die bundeseigene und zum Salzgitter Konzern gehörende Linke-Hofmann-Busch, Waggon-Fahrzeug-Maschinen GmbH in Salzgitter-Watenstedt zurückzunehmen, und nunmehr die Entlassung von ca. 400 Belegschaftsangehörigen die Folge sein wird, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

19. Abgeordneter
Lorenz
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die DDR die Friedhofsgebühren für Grabstellen, die von Bürgern betreut und bezahlt werden, die ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin-West haben, über 300 Prozent erhöht hat?
20. Abgeordneter
Lorenz
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung bei ihren Verhandlungen mit der DDR darauf hinwirken, daß die Höhe der Friedhofsgebühren auf ein erträgliches Maß zurückgeführt wird?
21. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung auf Grund des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 12. Februar 1981 zur Grenzdarstellung Deutschlands ihre Entscheidung vom Jahr 1971, d. h. die Aufhebung der damals bestehenden einheitlichen Bezeichnungs- und Kartenrichtlinien von 1961/1965 zurücknehmen, und wenn nein, welche umfassende Lösung plant die Bundesregierung, um die derzeitige Unsicherheit und irritierende Vielfalt zu beenden?
22. Abgeordneter
**Freiherr von
Schorlemer**
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung getan, um den Besuch der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion in Potsdam doch noch zu ermöglichen?
23. Abgeordneter
**Freiherr von
Schorlemer**
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten der DDR-Behörden, das Einreiseverbot für die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion bis heute nicht zu begründen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

24. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Gefährdungsgrad für die Bodensee — Trinkwasserversorgung durch die derzeit laufenden Uranbohrungen bei Bonndorf am Bodensee angesichts der Tatsache, daß diese Bohrungen in der Nähe des Zwischenspeichers der Bodensee — Wasserversorgung stattfinden, und können diese Bohrungen und Untersuchungen direkte oder indirekte Auswirkungen auf den Bodensee und die Bevölkerung haben,

- etwa dadurch, daß Radionuklide in das Grundwasser ausgewaschen werden, oder die Bevölkerung durch radioaktive Abraumhalden direkt oder über Nahrungsketten einer Strahlenbelastung ausgesetzt wird?
25. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Kann die Bundesregierung Angaben machen, wie hoch der Urangehalt von jenen Uranproben ist, die im November 1980 wegen ungesicherter Lagerung zunächst „abhanden“ gekommen und jetzt (wie z. B. die Stuttgarter Nachrichten vom 31. März 1981 berichten) wieder aufgetaucht sind, und sind diese Uranproben vor dem „Abhandenkommen“ untersucht worden?
26. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Welches sind die Gründe dafür, daß die Planfeststellungsverfahren für die Endlager radioaktiver Abfälle, für die die Physikalisch-Technische Bundesanstalt zuständig ist, für das Salzbergwerk Asse und die Erzgrube Konrad noch nicht eingeleitet worden sind, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die oberirdische Ansammlung großer Mengen schwachradioaktiver Abfälle zu vermeiden?
27. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Sind Zeitungsanzeigen zulässig, in denen bei Demonstrationen verwendete Stahlkugelschleudern zu einem Preis von 19,80 DM, dazu 200 Stahlkugeln für weitere 8,50 DM, mit dem ergänzenden Text „eine perfektionierte Hochleistungsschleuder mit hervorragender Treffsicherheit“ bei der das „Stahlkugel-Magazin auf Knopfdruck“ reagiert, wobei zum Erwerb ein Altersnachweis nicht erforderlich sei, angeboten werden, und wenn ja, sieht die Bundesregierung hier eine Lücke in der Gesetzgebung, die geschlossen werden sollte?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

28. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, daß in zunehmendem Maß deutsche Kinder in den Orient entführt und verkauft werden?
29. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für erforderlich, auf Grund derartiger Informationen Maßnahmen zu ergreifen, gegebenenfalls derartigen Vorkommnissen vorzubeugen?
30. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung in dem Umstand, daß für Frau Bachmeier, die im Gerichtssaal den Mörder ihrer Tochter erschossen hat, nach einem Bericht der Bild-Zeitung Spenden in Höhe von über 100 000 DM zur Deckung der Kosten ihrer Verteidigung und sonstigen notwendigen Auslagen erhalten hat, neben rein menschlichen und sonstigen Motiven nicht auch eine alarmierende Kundgebung fehlenden Vertrauens in den Rechtsstaat dergestalt, daß die Spender der Überzeugung sind, vom Staat den erforderlichen Schutz nicht mehr erhalten zu können und deshalb denjenigen unterstützen zu müssen glauben, der sich sein vermeintliches Recht selbst verschafft?

31. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die für den Rechtsstaat gefährlichen Entwicklungen in Richtung auf das Faustrecht des Stärkeren maßgeblich mit dadurch vorgebeugt werden könnte, daß den Beamten vor allem im Sicherheitsbereich ein wesentlich verbesserter Ehrenschatz durch ihren Dienstherrn gegen Schmähungen und Beschimpfungen wegen der Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit gewährt wird, und welche Maßnahmen gedenkt sie zu diesem Zwecke im Bereich ihrer Zuständigkeit zu ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

32. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD)
- Wieviel Wohnhäuser mit wieviel Wohnungen, die direkt oder mittelbar in Bundesbesitz sind, stehen derzeit leer?
33. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD)
- Gibt es konkrete Pläne der Bundesregierung, diese Wohnungen — insbesondere in Ballungsgebieten — einer zügigen Nutzbarmachung (etwa nach den Modellen des Berliner Senats) zuzuführen?
34. Abgeordneter
Lennartz
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß bei einer Zugrundelegung von 7 500 privaten Flugzeugen und Hubschraubern — geschätzter Durchschnittsverbrauch 35 l Treibstoff pro Flugstunde und Mindestansatz von 150 Flugstunden jährlich — gegenwärtig eine Subventionierung von über 3 000 DM zugunsten eines Flugzeughalters gewährt wird?
35. Abgeordneter
Lennartz
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß die Mineralölsteuerbefreiung der deutschen Privatfliegerei in Europa eine Ausnahme bildet und daß die Privatfliegerei auch unter dem Gesichtspunkt des Wegfalls der Mineralölsteuerbefreiung, im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern, kostenmäßig am günstigsten abschneidet?
36. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die mittlerweile auch in den Koalitionsfraktionen erörterten Pläne zur Schaffung einer steuerfreien Investitionsrücklage, wie sie von der CDU/CSU-Fraktion bereits in der 6. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages gefordert und als Gesetzentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes (Drucksache VI/2620) vorgelegt wurde, und beabsichtigt sie, dem Bundestag eine entsprechende Initiative zuzuleiten?
37. Abgeordneter
Hauser
(Krefeld)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung in der Lage, die prinzipiellen Unterschiede zwischen dem deutschen Modell einer steuerfreien Investitionsrücklage und dem sogenannten schwedischen Modell einer Rücklage bei der Reichsbank konkret darzulegen, um aufzuzeigen, daß das deutsche Modell nicht zur Investitionslenkung führt?
38. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD)
- Welche Gründe sprechen dafür, daß auf den Lohnsteuerkarten nach wie vor der Familienstand der Arbeitnehmer als ledig, verheiratet, geschieden oder verwitwet angegeben ist, und teilt die Bundesregierung die Meinung der Deutschen Angestellten-gewerkschaft, die diese Genauigkeit der Personen-

standsangaben für die Errechnung der Lohnsteuer als bedeutungslos, aber andererseits als diskriminierend für insbesondere weibliche Arbeitnehmer ansieht?

39. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny-
Glotz**
(SPD)
- Für wie groß hält die Bundesregierung die Gefahr unberechtigter Abbuchungen im Rahmen von Einzugsermächtigungsverfahren, und hält sie die Gebührenpflichtigkeit der Sperrung von Bankkonten zur Abwehr dieser Gefahr für gerechtfertigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

40. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- Zu welchen Ergebnissen ist die EG-Ministerrunde bei ihren Verhandlungen zur Konsolidierung der europäischen Stahlindustrie gekommen?
41. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den weiteren Fortgang der Verhandlungen über den Abbau der ungerechtfertigten Subventionspraktiken in der europäischen Stahlindustrie?
42. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß jetzt zahlreiche Lebensmittelpakete in die Volksrepublik Polen entweder den Empfänger nicht oder nur in unvollständigem Zustand erreichen?
43. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, mit der Volksrepublik Polen Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, daß die jetzt in großer Zahl abgesandten Lebensmittelpakete in einem möglichst kurzen Zeitraum den Empfänger auch erreichen?
44. Abgeordneter
Jagoda
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Paketsendungen in die heutige Volksrepublik Polen in der Regel sechs Wochen und länger bis zum Empfänger unterwegs sind?
45. Abgeordneter
Jagoda
(CDU/CSU)
- Worauf führt die Bundesregierung es zurück, daß entgegen den allgemeinen postalischen Gepflogenheiten ein so langer Zeitraum benötigt wird, um den Empfänger in der Volksrepublik Polen die Paketsendungen zuzustellen?
46. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang beabsichtigt die Bundesregierung, dort, wo eine Wettbewerbssituation zwischen den leitungsgebundenen Energieversorgungssystemen Fernwärme und Gas besteht, im Rahmen der Fortschreibung des Energieprogramms und der Förderungsprogramme zur Markteinführung energiesparender Technologien den Ausbau der Fernwärmeversorgung vorrangig zu betreiben?
47. Abgeordnete
**Frau
Simonis**
(SPD)
- Treffen Berichte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 25. März 1981 beziehungsweise der Welt vom 26. März 1981 zu, daß zwischen der Beton- und Monierbau AG (BuM) und der Deutschen Industrie-Anlagen-Gesellschaft (Diag) ein Vergleich geschlossen wurde, bei der die Diag auf 103 Millionen DM Zahlung aus BuM-Vermögen verzichtet, und woraus resultieren bejahendenfalls die Forderungen der BuM gegenüber der Diag?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

48. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hartenstein**
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß, wie aus der nach dem Washingtoner Artenschutzabkommen zu erstellenden Jahresstatistik von 1979 hervorgeht, die Einfuhr von Häuten geschützter Tiere aus Paraguay drastisch gestiegen ist, und daß die Bundesrepublik Deutschland mit über 200 000 importierten Fellen wildlebender, in ihrem Bestand gefährdeter Tiere zu den größten Umschlagplätzen für den Handel mit Fellen geschützter Tiere gehört?
49. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hartenstein**
(SPD) Welches ist der Inhalt der immer noch ausstehenden Import-Export-Verordnung nach § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes, und wann ist mit dem Erlaß dieser Verordnung zu rechnen?
50. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch mit Stand vom März 1981 der Preis für Erdgas in den Niederlanden für den Gartenbau ist, und wie teuer sind die Energien, die in der Bundesrepublik Deutschland im deutschen Unterglasgartenbau eingesetzt werden?
51. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Förderung der holländische Landwirt über das WIR-Programm erhält, und welche alternative Förderung erhält der deutsche Landwirt nach Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“?
52. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen, („Reuter“-Meldung vom 16. März 1981 im „Schwarzwälder Boten“) des rapide gestiegenen Exports von Pestiziden zur Schädlingsbekämpfung aus den USA, wo die Anwendung solcher chemischer Mittel wie beispielsweise DDT und DBCP verboten ist, in Entwicklungsländer auf die Umwelt und damit auf die Nahrungsmittelimporte?
53. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Trifft es zu, was in der Verbraucherpolitischen Korrespondenz der AGV vom 23. März 1981 unter der Überschrift „Milliarden-Bluff am Milchmarkt“ stand, wonach die EG-Kommission nach Maßgabe der Landwirtschaftsminister im vergangenen Jahr rd. 5 bis 6 Milliarden DM, davon etwa 1,5 bis 2 Milliarden DM zu Lasten des deutschen Steuerzahlers ausgegeben hat, um 700 000 Tonnen Milchpulver, 550 000 Tonnen Butter und fast 300 000 Tonnen Käse in Drittländer zu exportieren sowie weitere 1,2 Millionen Tonnen Milchpulver zu verfüttern, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit in Zukunft solche Maßnahmen nicht mehr durchgeführt werden und damit Milliarden DM von Steuergeldern sinnvoller verwendet werden können?
54. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, im Verlauf dieser Legislaturperiode der Landwirtschaft weitere Belastungen durch Beitragserhöhungen oder Zuschußkürzungen im Bereich des agrarsozialen Sicherungssystems aufzuerlegen, gegebenenfalls welche und in welcher Höhe?

55. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU) Wie hoch ist der Eigenanteil der Landwirtschaft am agrarsozialen Sicherungssystem in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Partnerländern in der EG?
56. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wie wird die Bundesregierung der Empfehlung der Wissenschaftler des Prognos-Instituts (Entwicklungschancen ländlicher Räume) entsprechen, daß alle Bundesministerien eine problemorientierte Politik zugunsten der schwach strukturierten ländlichen Räume betreiben und dabei auf die spezifischen Schwächen und Stärken der sehr unterschiedlichen ländlichen Räume eingehen sollten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

57. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung die gesetzliche Einführung einer sogenannten Meldepflicht für Behinderte, so wie sie vom Reichsbund für Kriegsoffer, Behinderte, Sozialrentner und Hinterbliebene gefordert wird?
58. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) Welche Kürzungsabsichten im Sozialetat hat die Bundesregierung, und zu welchem Zeitpunkt sollen diese Maßnahmen wirksam werden?
59. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung Überlegungen der Bundesanstalt für Arbeit, auf eine Verkleinerung des Kreises der Anspruchsberechtigten nach dem Schwerbehindertengesetz hinzuwirken, da nach Auffassung ihres Vizepräsidenten Helmut Mintz die Liste der „ursprünglich sinnvollen sozialen Wohltaten“ inzwischen die Chance der tatsächlich Bedürftigen schmälere und „sozusagen eine Behinderteninflation“ ausgelöst habe?
60. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Berechnung des Potentials der „Stillen Reserve“, zu der nicht alle arbeitsfähigen, derzeit nicht erwerbstätigen Einwohner im Alter über 15 Jahre gehören, aus analytischen, prognostischen und arbeitsmarktpolitischen Gründen unverzichtbar ist, und daß die Größenordnung der „Stillen Reserve“ gegenwärtig etwa so zu veranschlagen ist, wie dies in den laufenden Veröffentlichungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit geschieht, nämlich mit rund 600 000 Personen?
61. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Soll die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in enger Verbindung mit der Bevölkerungswissenschaft die theoretische und empirische Erforschung der Bestimmungsgründe des Erwerbsverhaltens, gegebenenfalls ergänzt durch eine regelmäßige Befragung der entmutigten Erwerbspersonen, etwa durch den Mikrozensus intensivieren, oder rät die Bundesregierung von solchen Versuchen im Hinblick auf die Problematik und den damit verbundenen Aufwand ab?

62. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß weder alle privaten noch alle öffentlichen Arbeitgeber ihre offenen Stellen dem Arbeitsamt melden, und erwägt der Bundesarbeitsminister, eine Rechtsverordnung nach § 9 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) zu erlassen, damit alle Arbeitgeber ihre offenen Stellen den Arbeitsämtern melden?
63. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß öffentliche Arbeitgeber, unabhängig von einer eventuellen Rechtsverordnung nach § 9 AFG, alle offenen Stellen dem Arbeitsamt melden sollten, um so ein „gutes Beispiel“ zu geben, und ist sie bereit, auf die öffentlichen Arbeitgeber, die dem Bund unterstehen, dahin gehend einzuwirken?
64. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) Welchen durchschnittlichen Bearbeitungszeitraum bei den Arbeitsämtern nehmen Anträge auf Unterhaltsgeld von Teilnehmern für Umschulungsmaßnahmen in Anspruch, die vorher Arbeitslosengeld bezogen haben?
65. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) Sieht die Bundesregierung im Interesse der Teilnehmer und des Erfolgs der Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen Möglichkeiten, den Bearbeitungszeitraum zu verkürzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

66. Abgeordnete
Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Welche Begründung haben die Arbeitsgerichte gehabt, die Befristung von Arbeitsverträgen für Ausschußvorsitzende der Prüfungsausschüsse für Wehrdienstverweigerung als unzulässig zu erklären?
67. Abgeordnete
Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Trifft es zu, daß der Einspruch und die anschließende Klage eines zu einer Wehrübung einberufenen Vaters aus Bayreuth von Seiten der Wehrverwaltung u. a. damit begründet und abgewiesen wurde, daß die Versorgung seines Kleinkinds in erster Linie Sache seiner berufstätigen Ehefrau sei?
68. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Mit welchen Argumenten begegnet die Bundesregierung dem immer häufiger geäußerten Vorwurf, sie lasse es zu, daß durch den Bau von atomtechnischen Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland die Verteidigungsfähigkeit und -planung dieses Landes ad absurdum geführt werde?
69. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die als „Offizier vom Dienst“ eingesetzten Soldaten der Bundeswehr eine Erschwerniszulage erhalten, obwohl diese in der Neufassung des entsprechenden Erlasses (VMBlatt 1980, Seite 356) nicht ausdrücklich aufgeführt ist, und falls ja, trifft es zu, daß die als „Offizier vom Wachdienst“ eingesetzten Soldaten diese Zulage nicht erhalten, obwohl deren Dienst einen nicht geringeren Einsatz erfordert?

70. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Welches sind die Gründe für die beabsichtigte Verlegung des Verteidigungsbezirkskommandos 43 von Wiesbaden nach Darmstadt?
71. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Sind die Verteidigungsbezirkskommandos in jedem Fall am Sitz der Regierungspräsidien angesiedelt, oder gibt es von diesem Grundsatz (wieviel) Ausnahmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

72. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Kann die Bundesregierung mitteilen, wieviel Selbstmordversuche und Selbstmorde von Kindern in der Bundesrepublik Deutschland 1980 verübt wurden?
73. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Kann die Bundesregierung mitteilen, ob die Selbstmordversuche und Selbstmorde von Kindern im Jahr 1980 im Verhältnis zu den Vorjahren gestiegen ist, und wenn ja, welche Ursachen dafür bekannt sind?
74. Abgeordnete
Frau
Will-Feld
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Anteil des deutschen Weins im „Deutschen Sekt“ 1964 von 40,4 v. H. deutscher Wein und 59,6 v. H. ausländischer Wein auf einen Anteil 1979 von 12,1 v. H. deutscher Wein 87,9 v. H. ausländischer Wein zurückgegangen ist?
75. Abgeordnete
Frau
Will-Feld
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die europäische Rechtsprechung, nach der nicht unbedingt deutscher Wein im „Deutschen Sekt“ enthalten sein muß, durch Änderung der nationalen Gesetzgebung im Interesse der Vermarktung geringerer deutscher Weine zu ändern?
76. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Sind gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Jugend zur Verhinderung einer Abgabe von nichtverschreibungspflichtigen Medikamenten an Jugendliche geplant, nachdem sich herausgestellt hat, daß der Mißbrauch von Ersatzdrogen durch Jugendliche durch bloßen Hinweis auf die Sorgfaltspflicht der Apotheken von seiten der Bundesapothekenkammer ohne Erfolg geblieben ist?
77. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Werden von seiten der Bundesregierung Überlegungen für ein Werbeverbot für Drogen jeglicher Art angestellt, und welcher Katalog könnte zur Grundlage derartiger Überlegungen dienen?
78. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Hat die Bundesregierung konkrete Bemühungen zum Schutz des Bocksbeutels unternommen, oder stimmt der Vorwurf des bayerischen Ministerpräsidenten, daß die Bundesregierung den Bocksbeutel fallengelassen und auf EG-Ebene „in der Verteidigung legitimer deutscher Interessen“ das Feld „kampflos und vorschnell“ geräumt habe?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

79. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Wie hoch belaufen sich derzeit die Kostenmieten pro Quadratmeter im sozialen Wohnungsbau?
80. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Entwicklung der Infrarotthermographie bereits so weit gediehen, daß ihr Einsatz bei der Effizienzkontrolle von Wärmedämmungsmaßnahmen an Gebäuden möglich ist, und wenn ja, in welchem Umfang findet ein solcher Einsatz bereits statt?
81. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Hält die Bundesregierung Anstrengungen für nützlich, die weitere Verbreitung der Infrarotthermographie zu diesem Zweck zu fördern, und wenn ja, welche Maßnahmen beabsichtigt sie?
82. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, Erkundigungen darüber einzuholen und bekanntzugeben, ob es sich bei den Hausbesetzungen um Personen handelt, bei denen eine akute Wohnungsnot vorliegt, bzw. kann sie bestätigen, daß es sich im wesentlichen um Personen handelt, die wohnungsmäßig versorgt sind?
83. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Ist es richtig, daß mehrfach ein Anschluß der Fernwärmeleitung der Stadtwerke Bonn an das Bundeshaus durch die Bundesregierung abgelehnt wurde, obgleich eine entsprechende Leitung dort unmittelbar vorbeiführt, und ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft das „Hohe Haus“ nicht mehr mit Öl, sondern mit Fernwärme beheizt wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

84. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung auch angesichts der jetzt laut gewordenen öffentlichen Kritik (vgl. die Äußerungen von Ministerpräsident Rau in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 20. März 1981) die Kürzung des Bundes bei den Zuschüssen für den Bau von Studentenheimen beibehalten?
85. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Treffen Informationen zu, wonach in den Abstimmungsgesprächen innerhalb der Bundesregierung zur Haushaltslage erwogen wird, die Position 656 01–224 „Zuschüsse zur Krankenversicherung der Studenten“ aus dem Etat des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft wesentlich zu reduzieren bzw. zu streichen?
86. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Falls ja, wie rechtfertigt die Bundesregierung nach der wesentlichen Kürzung im Hochschulausbau, der beabsichtigten Einstellung des Studentenwohnheimbaus und dem Einfrieren des BAföG den Abbau der Zuschüsse zur Krankenversicherung der Studenten?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

87. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Trifft es zu, daß in der Mitte der 60er Jahre 89 Sabre-Jets F 86 über den Iran nach Pakistan, 28 Flugzeuge des Typs Seahawk an Indien und Raketen nach Saudi-Arabien mit Beteiligung des Bundesnachrichtendienstes und Bediensteten des Bundes und unter Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen (Kriegswaffenkontrollgesetz, Außenwirtschaftsgesetz) geliefert wurden?
88. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Stimmt die Vermutung des Mertins-Freundes Vielain in der „Welt“ vom 7. November 1980, „Grund für die strengen Geheimhaltungsmaßnahmen“ (des Vergleichs zwischen Bundesregierung und der Firma Merex im Zusammenhang mit diesem illegalen Waffenhandel) seien „offenbar innenpolitische oder parteipolitische Gründe“, da der Waffenhändler Mertins „im geheimen Staatsauftrag“ gehandelt habe?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

89. Abgeordneter
Dr. Pinger
(CDU/CSU) Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Ausreise der rd. 4 000 Vietnamesen aus Vietnam zu bewirken, die als enge Familienangehörige von in Deutschland lebenden Vietnamesen oder als Härtefälle eine Einreisegenehmigung in die Bundesrepublik Deutschland erhalten haben, ist die Bundesregierung insbesondere bereit, entsprechend der Vereinbarung vom Mai 1979 zwischen dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und der vietnamesischen Regierung auch über die Aufnahme von Personen von vietnamesischen Listen zu verhandeln, um die uns interessierenden Familienzusammenführungsfälle zu lösen?
90. Abgeordneter
Dr. Pinger
(CDU/CSU) Wieviel Einreisegenehmigungen für Familienzusammenführungsfälle sind seit dem Beschluß zur Erhöhung des Aufnahmekontingents von 20000 auf 26000 erteilt worden, wieviel Anträge stehen zur Zeit noch an, in denen eine Einreise für Eltern, Kinder und unverheiratete Geschwister beantragt wird, und denkt die Bundesregierung daran, zur Lösung dieser Fälle eine weitere Erhöhung des Aufnahmekontingents bei den Bundesländern anzustreben?
91. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den zuletzt im „Guardian“ vom 19. Februar 1981 gemeldeten Äußerungen aus brasilianischen Generalstabs- und Geheimdienstkreisen über Atombombenpläne Argentiniens hinsichtlich des jüngsten Atomvertrags zwischen der Siemens-Kraftwerk-Union (KWU) und Argentinien?

Bonn, den 3. April 1981

